

Alexander Clarkson

**DIE
MACHT
DER
DIASPORA**

Die unbekannte
Geschichte der Emigranten in
Deutschland seit 1945

Aus dem Englischen von
Michael Adrian und Heide Lutosch

Propyläen

INHALT

EINLEITUNG 7

Diasporageschichte als deutsche Geschichte

1. KAPITEL 33

Alte Reiche und neue Eliten –
die türkische und die kurdische Diaspora

2. KAPITEL 89

Von der Rebellion zur Integration – die iranische Diaspora

3. KAPITEL 149

»Wir schaffen das« – die arabischen Diasporagruppen
in Zeiten des Krieges und des Friedens

4. KAPITEL 211

Kampf der Identitäten: Kroaten, Serben, Bosnier, Mazedonier
und warum es keine »jugoslawische« Diaspora gibt

5. KAPITEL 279

Schwierige Verbündete – die ukrainische Diaspora

SCHLUSS 355

Diasporamacht und deutsche Identität

DANKSAGUNG 365

ANHANG

ANMERKUNGEN 369

BILDNACHWEIS 421

REGISTER 422

Diasporageschichte als deutsche Geschichte

Diaspora und Identität

Für jemanden wie mich, der ich in Deutschland aufwuchs, war die Frage so unausweichlich wie nervig. Es konnte in der Schule sein, auf einer Party oder mit Freunden in einer Kneipe. Ein Gespräch über ein unverfängliches Thema mit einem mir noch nicht bekannten Deutschen kam auf. Ob es eine nette Fachsimpelei über Fußballergebnisse oder eine politische Diskussion war, stets endete alles mit einem fragenden Blick, bei dem mir das Herz schwer wurde. Mein Gesprächspartner lehnte sich dann zurück und stellte die Frage, die so viele Menschen mit Migrationshintergrund zu fürchten gelernt haben:

»Wo kommst du eigentlich her?«

Mit einem Anflug von Verzweiflung pflegte ich darauf zu antworten:

»Aus Langenhagen bei Hannover.«

Und mit deprimierender Zwangsläufigkeit sah mich mein Gegenüber irritiert an und fragte:

»Nein, ich meine, wo du *eigentlich* herkommst?«

Einmal mehr wurde ich daran erinnert, dass es im Deutschland der 1990er-Jahre keine Frage der persönlichen Entscheidung war, zu bestimmen, wer man ist und woher man kommt.

Eine alte Frage: Wer ist Deutscher?

Der Kampf um die Definition, wer Deutscher ist und wer nicht, ist so alt wie der Kampf um den Aufbau eines beständigen deutschen Nationalstaats. Jeder Ausgangspunkt für die Ausbildung des deutschen Nationalbewusstseins, den Historiker angesetzt haben, wirft seine eigenen spannungsreichen Fragen danach auf, wann sich unterschiedliche regionale, Klassen-, Geschlechts- und andere kulturelle Identitäten zu etwas vereinten, was wir heute als erkennbar deutsch betrachten würden. In jeder Gesellschaft ist Integration ein wechselseitiger Prozess, in dem die allmähliche Integration von Einwanderern in das kulturelle und politische Leben auch Rückwirkungen darauf hat, wie die alteingesessene Bevölkerung ihre eigene kollektive Identität versteht. Wenn wir sie als Geschichten über aufeinanderprallende ethnische, religiöse, regionale oder klassenspezifische Traditionen verstehen und uns diese Geschichten genauer ansehen, dann erscheinen die Konflikte und Kontroversen, die zur Herausbildung des heutigen Deutschlands geführt haben, weniger geradlinig als die Erzählungen, die wir aus Schulbüchern oder Fernsehdokumentationen kennen. Zu untersuchen, wie diese Migrations- und Integrationsprozesse die Politik und Identität der Bundesrepublik verändert haben, ist das zentrale Vorhaben des vorliegenden Buches.

Mögen manche auch an der Überzeugung festhalten, dass sich Vorstellungen von einer modernen deutschen Identität bereits in der Welt des Mittelalters finden lassen, so war das Heilige Römische Reich deutscher Nation doch ein Rechtsgebilde, das ein enormes Spektrum an Sprachgemeinschaften von Norditalien bis Flandern umfasste, deren Vorstellung von Zugehörigkeit den späteren, gefestigten Zügen der nationalen Identität und Volkszugehörigkeit nur vage entsprach. In der frühneuzeitlichen Welt eines Martin Luther oder Kaiser Karl V. überwog der konfessionelle Gegensatz zwischen Katholiken und Protestanten Unterschiede

der Sprache und Volkszugehörigkeit in einer Weise, die noch lange nach dem Ende der Religionskriege in Deutschland fort-dauern sollte. Derartige konfessionelle Unterschiede innerhalb der deutschen Gesellschaft erwiesen sich als so hartnäckig, dass sie noch bis tief ins 20. Jahrhundert hinein die Grundlage für das parteipolitische Leben bildeten.¹

Die territoriale Ausdehnung Deutschlands blieb im Fluss, während die institutionellen Grundlagen des Heiligen Römischen Reiches erodierten, bis es schließlich 1806 auf Napoleons Geheiß aufgelöst wurde. Die Niederschlagung der demokratischen Revolution von 1848 und der Ausschluss Österreichs 1866 führten zu einer durch Otto von Bismarck geformten politischen Einheit, die nach außen stark wirkte, gesellschaftlich indessen zerbrechlich war. Das Deutsche Kaiserreich des späten 19. Jahrhunderts blieb von konfessionellen Spannungen zwischen Katholiken, Protestanten und Juden durchzogen; gleichzeitig nährten die Bemühungen zur Integration ethnischer Minderheiten wie der Polen im Osten ethnische Herausforderungen der staatlichen Autorität. Parallel dazu prägten die Herausbildung einer klassenbasierten Politik um den Aufstieg von Gewerkschaften und Sozialdemokratie sowie Spannungen zwischen verschiedenen Fürstentümern und regionalen Traditionen eine Gesellschaft, in der es ausgesprochen umstritten blieb, was es hieß, deutsch zu sein. Während der ganzen Zeit des Kaiserreiches hielt sich der Nord-Süd-Gegensatz (»Bayern – Preußen«) unverändert stark. Erst die kollektive nationale Begeisterung im August 1914 – »Nation« siegt über »Klasse« – überdeckte für eine gewisse Zeit die sozialen und regionalen Gegensätze. Es ist kein Zufall, dass separatistische Bewegungen nach dem Ersten Weltkrieg durchaus Zulauf hatten. Die Auseinandersetzung darüber, inwieweit eine kollektive deutsche Identität unterschiedliche kulturelle Traditionen umfassen konnte, spitzte sich mit der Entstehung der nationalsozialistischen Diktatur zu, stellte diese doch einen Versuch dar, die Vielfalt zugunsten einer natio-

nalen Gemeinschaft («Volksgemeinschaft») auf der Grundlage einer abscheulichen Rassenhierarchie zu unterdrücken.

Die Bundesrepublik ist somit nur das jüngste Beispiel einer langen Geschichte deutscher Staaten, die darum ringen, die Notwendigkeit der Loyalität zu einer neuen Machtstruktur durch ein gemeinsames Identitätsgefühl mit einer von kultureller Vielfalt bestimmten sozialen Realität ins Gleichgewicht zu bringen. Unmittelbar vom Moment ihrer Bildung in den späten 1940er Jahren an mussten die Regierungen in West- wie Ost-Deutschland die politischen und kulturellen Auswirkungen massenhafter Wanderungsbewegungen bewältigen. Die ersten Wellen deutscher Vertriebener und osteuropäischer Heimatloser («Displaced Persons») in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs und der Beginn des Kalten Krieges pflügten die demografische Struktur nicht nur Deutschlands, sondern auch jeder anderen europäischen Gesellschaft um.² Im und nach dem Kalten Krieg folgten weitere Flüchtlingswellen, die ihre Spuren in jeder Stadt und jedem Dorf in Deutschland hinterlassen haben.

Auch der Zustrom von Arbeitsmigranten aus ganz Europa und dem Nahen Osten in der Nachkriegszeit hatte bleibende Auswirkungen auf die Gesellschaft. Der Arbeitskräftemangel infolge massiver Verluste an Menschenleben im Zweiten Weltkrieg führte zu Gastarbeiterabkommen mit Ländern wie Italien, der Türkei, Jugoslawien, Spanien, Griechenland und Algerien, denen es ihrerseits schwerfiel, genügend Arbeitsplätze für ihre Bevölkerungen zu schaffen. Die Gastarbeiterprogramme beruhten ursprünglich auf der Annahme, ein System befristeter Arbeitsgenehmigungen werde dafür sorgen, dass die Arbeitsmigranten schließlich in ihre Herkunftsländer zurückkehrten. Stattdessen führten sie dazu, dass sich Millionen von Menschen dauerhaft in der Bundesrepublik ansiedelten, ohne dass die Voraussetzungen dafür geschaffen worden wären. Obwohl sie sich abschätzig über die Behandlung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in der Bundesrepublik äu-

ßerte, legte die DDR selbst ein Vertragsarbeiterprogramm auf, um Arbeitskräfte aus Bruderstaaten des Sowjetblocks wie Angola, Kuba oder Vietnam ins Land zu holen, die sich dort ebenso dauerhaft niederließen wie die Gastarbeiter in West-Deutschland.

Diese ersten Wellen der Flüchtlings- und Arbeitsmigration stellten sich für Millionen Einwanderer als Beginn einer Anpassung an das Leben in Deutschland heraus, die bis auf den heutigen Tag andauert. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der deutschen Wiedervereinigung kam es neben den Millionen von Deutschen, die von der ehemaligen DDR in die BRD umzogen, zu weiteren Migrationsströmen, die spürbare Folgen für jede Region in Deutschland hatten. Ausgelöst durch verschiedene Konflikte in Europa und im Nahen Osten, brachte eine Reihe von Flüchtlingskrisen die deutschen staatlichen Institutionen oft an die Grenze ihrer Fähigkeit, massenhafte Wanderungsbewegungen von Menschen zu bewältigen.³ Ob es die jugoslawischen Nachfolgekriege waren oder der Kurdenaufstand in der Türkei, solche Konflikte wirkten sich unmittelbar auf das politische und kulturelle Leben von Gemeinschaften in ganz Deutschland aus, die sich mit der Ankunft heimatloser traumatisierter Flüchtlinge konfrontiert sahen.

Die Lebenslüge von der homogenen Gesellschaft

Obwohl die Massenbewegung von Menschen ein fester Bestandteil des Lebens in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg war, blieben die führenden politischen Parteien der Bundesrepublik wie auch die SED der Vorstellung verhaftet, sie regierten kulturell homogene Gesellschaften. Sowohl das westdeutsche Gastarbeiterprogramm als auch das ostdeutsche Vertragsarbeitersystem stellten Versuche dar, billige Arbeitskräfte zu finden, um einen vorüber-

gehenden Arbeitskräftemangel auszugleichen, ohne das ethnische oder demografische Gleichgewicht beider Gesellschaften zu verändern. Während beide deutschen Staaten Flüchtlinge und politische Exilanten nach Kriterien aufnahmen, in denen sich ihre jeweiligen ideologischen Weltanschauungen widerspiegeln, ging man in beiden Systemen zugleich von der Annahme aus, dass deren gesellschaftlicher Einfluss begrenzt bleiben würde. Obwohl sowohl die DDR als auch die BRD für sich in Anspruch nahmen, Teil eines größeren Bündnissystems zu sein, das auf rivalisierenden transnationalen Ideologien basierte, blieben beide Staaten ethno-linguistischen und rassistischen Annahmen über die Grundlagen deutscher Identität verhaftet, die auf die Zeit der Nationalstaatsbildung im 19. Jahrhundert zurückgehen.⁴

Dieses Widerstreben, anzuerkennen, dass ein stetiger Migrationsstrom die kulturellen Grundlagen der deutschen Gesellschaft unweigerlich tangieren würde, zeigte sich daran, wie lange es dauerte, das Staatsangehörigkeitsrecht an die neuen sozialen Realitäten anzupassen. Trotz begrenzter Reformen im Jahr 1965 blieb es für jede Person ohne deutsche Abstammung ein mühsamer Prozess voller bürokratischer Hürden, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, obwohl seit Jahrzehnten klar war, dass die Flüchtlinge und Gastarbeiter bleiben würden. Nachdem jedoch die größten politischen Parteien krampfhaft an der Vorstellung festhielten, dass die Migration nur ein vorübergehender Prozess sei, vergingen weitere dreißig Jahre, bis große Teile der deutschen Gesellschaft den Wahrheitsgehalt von Max Frischs Stichelei akzeptierten: »Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.«⁵

Erst nach der Wiedervereinigung begann eine allmähliche Reform des Staatsangehörigkeitsrechts eine demografische Wirklichkeit abzubilden, in der Migranten oder Menschen migrantischer Abstammung zu einer dauerhaften Präsenz geworden waren. Obwohl sie sich 1991 durch erste Änderungen angekündigt hatten, markierten die Reformen des Zuwanderungs- und des Staatsan-

gehörigkeitsgesetzes durch die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder den Beginn einer allmählichen Öffnung des Zugangs zur deutschen Staatsangehörigkeit, die weniger auf der familiären Herkunft als vielmehr auf dem Geburtsort oder einem rechtlichen Verfahren beruht, das Menschen jeder Herkunft offensteht. Parallel dazu verwandelten die neu entstehenden Konzepte der europäischen Staatsbürgerschaft den rechtlichen Status von Menschen aus anderen EU-Mitgliedstaaten und führten damit zu einer größeren Anerkennung der kulturellen Vielfalt, die seit Jahrzehnten Teil des deutschen Lebens war.⁶

Jeder Schritt zur Öffnung des Zugangs zur deutschen Staatsangehörigkeit wurde von einer ausgesprochen polarisierten Debatte begleitet. Erst auf regionaler und ab 2013 auch auf Bundesebene schürten rechtspopulistische Parteien wie die AfD einen einwanderungsfeindlichen Rassismus, der mit weitverbreiteten Ängsten vor sozialen Veränderungen spielte. Doch die migrationsfeindliche Rhetorik der Republikaner in den 1990er-Jahren oder der AfD-Bundestagsabgeordneten in den 2010er-Jahren lebte von einem zu engen Verständnis der nationalen Identität, das auch Rhetorik wie Politik vermeintlich gemäßigerer Politiker der CDU, FDP und zeitweilig sogar der SPD beeinflusste. Kontroversen wie die Debatte von 2010 über die migrationsfeindliche Rhetorik des früheren SPD-Politikers Thilo Sarrazin ließen erkennen, wie weit Einstellungen, die man mit der extremen Rechten assoziiert, ins Herz des deutschen Politikbetriebs vorgedrungen waren.⁷

Deutschland - (k)ein Einwanderungsland?

1973 war es eine sozialdemokratische Regierung unter Willy Brandt, die beschloss, das Gastarbeiterprogramm zu beenden, weil sie befürchtete, dass die dauerhafte Ansiedlung von Migrant*innen »tradi-

tionelle« Deutsche vom Arbeitsmarkt verdrängen könnte. In den folgenden Jahren gab es parteiübergreifende Diskussionen über die Frage, ob sich Deutschland zu einem »Einwanderungsland« entwickle, wobei manche CDU- oder SPD-Lokalpolitiker für eine stärkere Ausrichtung auf Integration plädierten, während andere Sozialdemokraten und Mitte-Rechts-Vertreter Maßnahmen befürworteten, um Gastarbeiterfamilien zum Weggang zu ermuntern.⁸ Noch 1989 beharrte Bundeskanzler Helmut Kohl darauf: »Wir sind kein Einwanderungsland, und wir können es auch nicht werden!«⁹ 1994 warnte er die Migranten gar davor, ihre Rolle als »Gäste« in der deutschen Gesellschaft auszunutzen.¹⁰ Und wie die Plakataktion der CDU unter dem Motto »Kinder statt Inder« im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf von 2000 zeigt, wurde eine Rhetorik, die man heute mit der AfD verbindet, noch vor Kurzem als so salonfähig empfunden, dass sie von vermeintlich gemäßigten Politikern der rechten Mitte verwendet werden konnte.¹¹

Der lange Kampf um die Frage, ob Deutschland wirklich ein Einwanderungsland sei, hatte tief greifende Auswirkungen darauf, wie die Themen der Migration und Integration im deutschen Mediendiskurs und in der Wissenschaft behandelt wurden. In den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten beschränkte sich die Migrationsforschung auf ethnische deutsche Vertriebene, die aus nunmehr sowjetisch kontrollierten Gebieten geflohen waren. Oft mit dem Rückenwind sogenannter »Landsmannschaften« der Heimatvertriebenen konzentrierte sich diese Literatur zur ethnisch deutschen Migration in vielen Fällen darauf, historische Narrative zu speisen, die den deutschen Opferstatus betonten. Erst mit dem Aufkommen einer Generation von Historikern wie Mathias Beer¹² oder Pertti Ahonen¹³ in den 1980er- und 1990er-Jahren, die einen größeren kritischen Abstand zu Gemeinschaftsmythologien hatten, versuchte die historische Forschung zu heimatvertriebenen Flüchtlingen allmählich, deren Erfahrung in den allgemeinen Kontext von Krieg und Migration in ganz Europa zu stellen.

Als relativ neuer Migrationsprozess, der sich von seinen Vorläufern vor 1945 dem Anschein nach unterschied, war die Gastarbeitermigration vor allem für Wissenschaftler von Bedeutung, die sich für die Arbeitsmarktökonomik interessierten.¹⁴ Da sich Historiker wie Politiker auf die gesellschaftlichen Auswirkungen von Nationalsozialismus und Kaltem Krieg konzentrierten, wurde die zunehmende Präsenz von Migranten bis in die frühen 1970er-Jahre hinein im Wesentlichen als ein Randphänomen von allenfalls flüchtigem Interesse für das akademische Establishment der Bundesrepublik betrachtet. In der DDR wiederum verengten die ideologischen Einschränkungen des Lebens den Rahmen der Debatte über die neu entstehenden Einwanderer-Gemeinschaften, deren Anwesenheit vom SED-Regime immer als eine vorübergehende Form von Klassensolidarität dargestellt wurde.¹⁵ Als sich die Spannungen zwischen den Generationen in den 1960er-Jahren in den Studentenrevolten entluden, fanden allgemeinere politische Sorgen über die wirtschaftlichen und politischen Aussichten junger Menschen weitaus größere Beachtung als die schnell wachsende Zahl von Einwanderern.

Was tun, wenn sie bleiben?

Nachdem das Ende des Gastarbeitersystems deutlich gemacht hatte, dass es so etwas wie eine vorübergehende Migration nicht gibt, interessierte sich eine neue Generation von Wissenschaftlern und Journalisten für die Arbeitsmigranten und Flüchtlinge, die mitten unter ihnen lebten. Für Soziologen wie Stephen Castles¹⁶ oder Thomas Faist¹⁷ waren die aufstrebenden Migranten-Gemeinschaften, die in Westeuropa Fuß zu fassen versuchten, ein Produkt wirtschaftlicher Ungleichheiten infolge einer umfassenderen Krise des Kapitalismus. In einem politischen Umfeld, in dem weite Teile der westdeutschen Gesellschaft nicht bereit waren, die dauerhafte

Anwesenheit von Migranten zu akzeptieren, verwendete diese erste Welle der Migrationsforschung in Deutschland ihre Energie darauf, zu beweisen, dass die Einwanderer-Gemeinschaften ein bleibendes Phänomen darstellten. Gleichzeitig verurteilten Historiker wie Ulrich Herbert¹⁸ und Klaus Bade¹⁹ die Migration nach 1945 im Kontext langfristiger Kontinuitäten wie dem Einsatz von Zwangsarbeitern im Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie der Arbeitsmigration zu Friedenszeiten im 19. und frühen 20. Jahrhundert, im Zuge deren Arbeitskräfte aus Polen und anderen osteuropäischen Gesellschaften nach Deutschland kamen.

Auch wenn sich diese ersten Versuche in dem Nachweis erschöpften, dass die Migration ein dauerhaftes Phänomen und keine zeitweilige Anomalie war, erregte die Binnenentwicklung migrantischer Gemeinschaften allmählich größere Aufmerksamkeit. Forscher wie Hartmut Griese²⁰ oder Jochen Gerstenmaier²¹ beschäftigten sich damit, wie Bildung und andere Formen der Integration Kindern migrantischer Herkunft dabei helfen konnten, eingewurzelte Formen von Diskriminierung zu überwinden. Dem raschen Wachstum der türkischen und der kurdischen Gemeinschaft widmeten sich Wissenschaftlerinnen wie Faruk Sen²² oder Ruth Mandel,²³ die sich dafür interessierten, wie die kulturellen und religiösen Strukturen dieser Gruppen ihr Verhältnis sowohl zur deutschen Gesellschaft als auch zur Kultur ihres Herkunftslandes beeinflussten. Die endlosen Kämpfe um die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts wurden zentral für die Arbeit von Politologinnen und Politologinnen wie Karen Schönwälder²⁴ und Simon Green,²⁵ deren Forschungen Einblick in die kulturellen und ideologischen Vorurteile verschafften, die verhinderten, dass die rasche Veränderung der deutschen Gesellschaft durch die Migration anerkannt wurde.

Zwar brachten diese Bemühungen weite Kreise der deutschen Gesellschaft dazu, die dauerhafte Präsenz der Migranten anzuerkennen, doch war ein nennenswerter Teil der akademischen

Forschung und öffentlichen Debatte bezeichnenderweise erst in den späten 1990er-Jahren dazu bereit, Migranten-Gemeinschaften als politische Akteure in den Blick zu nehmen, die über genügend Einfluss verfügten, um eine wesentliche Rolle in der deutschen Politik zu spielen. Zu einem Zeitpunkt, als Migranten-Organisationen zweifellos Wurzeln geschlagen hatten, stützten sich die Ansätze zur Untersuchung solcher politischen Strukturen zunehmend auf Konzepte der Diaspora, um ein funktionsfähiges Analysemodell zu erarbeiten. Für Wissenschaftlerinnen wie Eva Østergaard-Nielsen²⁶ oder Ertekin Özcan²⁷ wurde das schnelle Wachstum der türkischen Gemeinschaft zur grundlegenden Fallstudie für Forscher, die der Frage nachgingen, wie die Herausbildung des dynamischen und gelegentlich wilden politischen Lebens von Migranten-Gemeinschaften organisatorische Ebenen hervorbrachte, die die deutsche Staatspolitik zu beeinflussen vermochten.

Der tief verwurzelte Glaube von der extremen Rechten bis tief in Westdeutschlands linke Mitte, die meisten Migranten würden entweder wieder heimkehren oder sich assimilieren, bedeutete, dass solche Überlegungen darüber, wie klar definierte religiöse, ethnische und sprachliche Gemeinschaften die deutsche Politik beeinflussen konnten, lange Zeit die Ausnahme blieben. Erst nachdem die Erkenntnis zu dämmern begann, dass die Migranten nicht mehr weggehen würden, machten die Deutschen ihren Frieden mit der Möglichkeit, dass Gruppen, die man bald als Diasporas definierte, dauerhaften Einfluss erlangen würden. Doch während die Migranten nun nicht mehr gefragt wurden, ob sie »hierbleiben würden«, bewirkte die Einführung der Terminologie der Diaspora zur Definition ihrer Identität, dass der Fragekomplex »woher kommst du?« für die Menschen aus diesen Gemeinschaften so nervenaufreibend blieb wie eh und je.